

Als die *Frankfurter Hefte* (FH) im April 1946 gegründet wurden, hatte das Blatt schon bald eine Spitzenauflage von 70 000 erreicht. Die Gründer, Eugen Kogon und Walter Dirks, waren zuvor als Verfasser der Frankfurter Leitsätze der neu gegründeten hessischen CDU in Erscheinung getreten. Doch ihre Hoffnungen auf eine Partei des christlichen Sozialismus waren rasch verflogen, denn ihr Linkskatholizismus wollte sich nicht nur auf die Prinzipien der katholischen Soziallehre oder auf die päpstlichen Sozialzyklen beschränkt sehen. Christen und Marxisten sollten sich als Partner treffen, womit man nicht weit entfernt war von den späteren Maximen einer Befreiungstheologie.

Das Blatt begab sich rasch in intellektuelle Opposition zur Regierung Adenauer. Die neue Republik wurde als „restaurativ“ geißelt. Dass die eigenwillige Zeitschrift dennoch nicht zur Sozialdemokratie tendierte, hatte einen gewichtigen Grund – die fehlende Europa-begeisterung auf Seiten der parlamentarischen Widersacher Adenauers.

In dieser hochkomplizierten Gemengelage nahmen Kogon und Dirks mit den *Frankfurter Heften* die auf Seiten der Linken verwaiste Position der europäischen Stellvertreter ein. Sie standen trotz aller sonstigen Opposition in Fragen der Wiederbewaffnung Adenauers Westintegrationskurs näher als Kurt Schumachers nationalem Neutralismus. Damit hoben sie sich von der übrigen Linken im zunächst noch geistig verwirrten Nachkriegs-Deutschland ab. Hierin liegt ge-

wiss das große historische Verdienst der *Frankfurter Hefte*. Auch wenn sich ansonsten einige Positionen der Zeitschrift als politische Irrtümer herausstellen sollten – mit ihren Europavisionen waren Kogon und Dirks der konzeptionslosen Nachkriegslinken weit voraus.

Eugen Kogon war zwischen 1949 und 1953 Präsident der Europa-Union, als sie noch eine kräftige Organisation darstellte. Gleichzeitig profilierte er sich als Vordenker der europäischen Föderalisten und des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, der Dachorganisation aller deutschen Europaverbände.

Noch nach der Konstituierung des Straßburger Europarates Anfang der fünfziger Jahre stieß er als Präsident der Europa-Union auf viele Reserven, als er bekundete, die europäische Bewegung sei als Idee zu stark und ihre geschichtliche Notwendigkeit zu offensichtlich, um sie ernsthaft noch verhindern zu können.

Kogon hielt einen europäischen Bundesstaat für die wahre äußere Voraussetzung einer möglichen Regeneration des Kontinentes nach der Katastrophe von Krieg und Verfolgung. Europa aus seiner geistigen Frucht und Erbschaft zu definieren, Wirtschaftsfragen und Machtpolitik berücksichtigend, aber nicht absolut setzend – das war seine Position. Weshalb Peter Glotz in einer ironischen Würdigung auch einmal geschrieben hat, Kogon habe Europa nicht nur einigen wollen, damit die Währungsunion Transaktionskosten spart oder weil nur eine

vergemeinschaftete Innenpolitik wirksam Asylbewerber abweisen könne.

Kogon war Föderalist, der keinen europäischen Einheitsbrei wollte. Die Sonderart jeder Nation Europas mache seinen Reichtum und seine wahre geistige Fruchtbarkeit aus, schrieb er. Er glaubte andererseits aber auch, dass der Nationalstaat eine zeitgebundene, flüchtige, im Grunde überständige Organisationsform europäischer Gesellschaft darstelle: „Die vereinigten Staaten von Europa sind notwendig, um das zu bewahren und weiterzuentwickeln, was die Nationalstaaten an positivem Fortschritt im neunzehnten Jahrhundert ermöglicht haben, und um das zu überwinden, was sie in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts an Unheil angerichtet haben.“

Utopie einer „europäischen Republik“

Die *Frankfurter Hefte* forderten aber nicht nur eine Abkehr vom alten Nationalstaat. Walter Dirks ging sogar noch einen Schritt weiter und dachte über einen „dritten Weg“ in Richtung einer „europäischen Republik“ mit eigenen Ministern nach. Dabei verarbeitete Kogons Weggefährte, was sein Lehrer Romano Guardini aus der katholischen Jugendbewegung vorformuliert hatte: „Europa wird christlich sein, oder es wird überhaupt nicht mehr sein.“ Dirks hielt dagegen: „Das Abendland wird sozialistisch sein, oder es wird nicht sein.“

Er fürchtete nichts mehr als ein kleinkalikales, reaktionäres Europa und sah die Politik vor die Alternative gestellt: Europa – wenigstens in wenigen Jahren – oder Untergang. Denn das nicht gelöste europäische Problem trage wesentlich zur amerikanisch-sowjetischen Spannung und damit zur Kriegsgefahr bei.

In einem seiner berühmten *FH*-Essays hatte Dirks die Befürchtung geäußert, dass der „restaurative Charakter der Epoche“

auch die europäische Einigung erfassen könne. Deshalb schrieb er gegen drei mögliche Varianten eines falschen Europa an. Europa könne erstens ein Vorfeld oder ein Objekt der amerikanischen Wirtschaftsmacht werden. Die zweite Möglichkeit war die Gefahr eines europäischen Neofaschismus. Stattdessen fabulierte Walter Dirks über die dritte Kraft und den dritten Weg, über Europa und den Sozialismus.

Das waren die beiden elementaren Fixpunkte seiner produktiven Utopie, die er seit April 1946 für die zweite deutsche Republik einforderte: „Wir proklamieren das Ende des souveränen Nationalstaates. Nur müssen wir es auch wollen, um aus der Not der Stunde wahrhaft eine Tugend zu machen. Die europäischen Nationen sind zu klein geworden. Sie werden nicht mehr fertig mit der Krise, sie kommen nicht mehr durch, wenn sie daran festhalten, auf eigene Rechnung zu arbeiten. Europa, der arme Kontinent, kann nur gelten und bestehen, wenn er sich zusammenrafft, wenn er seine Bodenschätze und seine Arbeitskraft planmäßig organisiert. Das bedeutet das Ende der europäischen Idylle.“

Doch jenes Europakonzept sah als Ideal nicht den Schmelztiegel an, sondern die gegliederte Fülle, nicht ein Völkergemisch, das Esperanto spricht, sondern eine Konföderation der europäischen Völker. Die Betonung einer gegliederten Fülle wie des föderativen Momentes hatte mit den katholischen Wurzeln des Dirks'schen Denkens zu tun. Diese Position sah im nichtvereinten Europa ein Vakuum, ein Feld der Insuffizienz durch Vereinzelung und Willkür, einen Erdteil des Ungenügens und Versagens.

Natürlich war es in Deutschland schwierig, nach dem Regime des Dritten Reiches derart semantisch unbefangen von dritten Wegen oder dritten Kräften zu reden, nachdem bereits Hitler das Dritte Reich als einen dritten Weg angesehen hatte – zwischen dem „amerikanischen

Kapitalismus“ und dem „Bolschewismus Moskau“ – und seine Großraumstrategien als ein „geeintes Europa unter deutscher Führung“ anpries.

Auch Richard Löwenthal, einer der wichtigsten theoretischen Köpfe der deutschen Sozialdemokratie nach 1945, propagierte frühzeitig unter dem Pseudonym Paul Sering die Europaidee als dritte Kraft zwischen dem kapitalistischen Nordamerika und der kommunistischen Sowjetunion. Dabei orientierte sich der aus britischer Emigration zurückgekehrte Politologe in seinem Buch *Jenseits des Kapitalismus* an den trügerischen Hoffnungen auf eine europäische Pilotfunktion von Englands neuer Labour-Regierung, die damals unter Attlee Churchill abgelöst hatte.

Geistige Unruhe durch die „Neue Gesellschaft“

Die *Neue Gesellschaft* (NG) wurde im Sommer 1954 gegründet. Sie entstand in einem Moment, als die SPD eine weitere schwere Wahlniederlage bei der zweiten Bundestagswahl im September 1953 erlitten hatte und die programmatische Erneuerung in Richtung auf das spätere Godesberger Programm (1959) anstand.

Geistige Unruhe sollte in die Partei hineingetragen werden. Aber auch die Ankunft der SPD in Europa stand noch bevor. In einem Europa übrigens, in dem einen Monat nach Erscheinen der ersten Ausgabe der NG – im August 1954 – die Verhandlungen über eine gemeinsame Verteidigungsgemeinschaft (EVG) vor der Pariser Nationalversammlung scheitern sollten.

Doch bis zu Helmut Schmidts Bekenntnis, der Fortschritt der europäischen Integration sei im elementaren Interesse der Deutschen, musste die SPD noch eine steinige Wegstrecke bewältigen. Europa – das war lange Zeit nicht ihr Projekt, aber auch nicht das der übrigen Linken. In linksintellektuellen Krei-

sen kursierte Europa häufig nur als abendländische Notgemeinschaft von senilen Altkatholiken und fanatischen Antikommunisten. Es galt lange Zeit die Stigmatisierung des ersten Nachkriegsvorsitzenden der SPD, Kurt Schumacher, der die Montanunion mit den vier K definierte als „konservativ, klerikal, kapitalistisch und kartellistisch“.

Die EWG der Römischen Verträge von 1957 wurde entweder konvergenztheoretisch oder gesamteuropäisch bekämpft, die EG der frühen siebziger Jahre mit antizentralistischem Argwohn übersät. Vom Eurokommunismus Mitte der siebziger Jahre bis zur Mitteleuropavision in den Achtzigern – die Linke näherte sich Europa häufig genug über Umwege oder dritte Wege. Hans Magnus Enzensbergers Lob auf die regionale Unübersichtlichkeit in seinem Buch „Ach Europa“ entsprach dem gängigen antibürokratischen Unbehagen am Brüsseler Expansionismus.

Wege aus der Krise

„Dies ist ein neuer Anfang. *Neue Gesellschaft* und *Frankfurter Hefte* haben sich zusammengetan.“ Mit diesen Worten gab Chefredakteur Peter Glotz im Editorial der Januar-Ausgabe 1985 die Fusion der beiden politischen Kulturzeitschriften bekannt: „Was wir wollen, ist ein Bündnis.“ Walter Dirks knüpfte in seiner Begrüßungsbotschaft *Verbündung für eine andere Republik* an die Vision der ersten Jahre an, ermuntert durch die geänderte Haltung der SPD zur Raketenstationierung und für die Rettung der Umwelt. Die Zeit „für eine antirestaurative und sozialistische Wende“ werde anbrechen: „Wir setzen also auf diese wahre Wende.“

Die Ära Kohl hatte inzwischen begonnen und die linksliberale Intelligenz in eine tiefe Depression gestürzt. Es kam darauf an, die Kräfte zu bündeln – die der alten sozialen Bewegungen mit denen der Friedensbewegung und des parteipolitisch verwaisten Linksliberalismus.

Die alten *Frankfurter Hefte* hatten ihre besten Jahre hinter sich und wollten gemeinsam mit der *Neuen Gesellschaft* Wege aus der Krise der europäischen Linken suchen. Währenddessen lastete Helmut Kohl der regierenden Linken in Europa die Entstehung einer „Eurosclerose“ an. Ralf Dahrendorf hatte zu dieser Zeit das „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ diagnostiziert, die Neokonservativen setzten sich mit der Bejahung der neuen Medien an die Spitze des technologischen Wandels. Peter Glotz warb damals in seinem „Manifest für eine Europäische Linke“ für einen Abbau von Zukunftspessimismus und Fortschrittsskepsis.

Im Jahr nach Eugen Kogons Tod (1987) erinnerte der Schwerpunkt *Christen und Republik* an das linkskatholische Erbe der alten *Frankfurter Hefte*. Wie er denn nach den vielen Enttäuschungen und Rückschlägen die Bundesrepublik nach bald vierzig Jahren beurteile, fragt Peter Glotz Mitherausgeber Walter Dirks: „Die zweite Republik ist nicht die schlechteste der möglichen, und sie ist erträglich. Manches von dem, was die neuen sozialen Bewegungen in den letzten Jahren proklamiert haben, hätten wir schon einige Jahrzehnte früher kapieren können. Aber immerhin: Viele haben schon viel verstanden. [...] Dieses Land ist stabil, schon hyperstabil.“

Die Richtung des Blattes in den neunziger Jahren umschrieb Peter Glotz wie folgt: Der Anspruch der *NG/FH* sei klein, wie es einer kleinen Zeitschrift gebühre: „ein neues Europa, eine neue Linke.“

Mentale Flucht aus Real-Europa

Nach dem Epochenbruch von 1989 entstand im linksintellektuellen Milieu eine Art Mitteleuropa-Utopie, mit der vor allem die unumstößliche Gleichung „Westeuropa ist Europa“ bestritten wurde. Manche wollten aus dem heilenden Geiste der zivilgesellschaftlichen Dissidenz das für marode bis dekadent gehaltene

Westeuropa gleichsam mitsanieren – getreu der Devise: Hier die hehren Antipolitiker von Václav Havel bis György Konrad, da die elenden Maastricht-Bürokraten, die über den Krümmungsgrad von Salatgurken Nachtsitzungen abhalten.

Aber letztendlich waren dies nur geistige Fluchtversuche, um aus dem werdenden Real-Europa in die Utopie eines moralisch reinen Europa umzusteigen. Erst die Gefahren von Rassismus und Xenophobie schienen aus Linken richtige Westler gemacht zu haben. Was Wunder, dass nunmehr auch von linksintellektueller Seite aus Europavisionen mächtig ins Kraut schossen.

Erinnert sei an die Vorstellung einer Regionalisierung, um auch den malträtierten Völkern Osteuropas nach dem Fall des Eisernen Vorhanges ein neues Heimatgefühl zu geben.

Peter Glotz und der außenpolitische Chefkolumnist des Blattes, Klaus Bloemer, beschworen – ganz im Sinne des Schäuble-Lamers-Papiers von 1994 – das alte gaullistische Projekt eines Kerneuropas in der römischen Startbesetzung von 1957 mit einem französisch-deutschen Kraftzentrum. Nur die Entwicklung hin zu einem aktiven Kern könne die klassischen Nationalstaaten überwinden und die Aufweichung einer erweiterten EU verhindern, lautete die Diagnose. Danach wurde ein vereintes Europa mit Rekordbeteiligung als Irrweg angesehen. Klaus Bloemer stritt sogar für eine dritte Weltmacht namens Europa. Sehr populär waren solche Vorstellungen bei Außenpolitikern der SPD allerdings nicht.

Daneben hielt der Soziologe und Publizist Claus Koch die „Zeit einer Verfassungsbewegung“ der Europäer für gekommen, um sich dem Sog des politik- und demokratieleeren Marktraums zu entziehen. Andere erhoffen sich gar von Europa mehr als die schwache Aussicht der linken Mitte auf eine Art europäischen National- und Sozialstaat. Sie set-

zen dem drohenden ökonomischen Determinismus, das politische Europa als automatische Folge des Euro einzuplanen, die Vision einer politischen Renaissance entgegen: Europa möge etwas ganz Neues werden, weder Bundesstaat noch Staatenbund oder bloße räumliche Ausdehnung von traditioneller Staatlichkeit.

Wichtig dabei war, dass alle diese Visionen keine Modelle eines dritten Weges nach Europa mehr darstellten. Der Habermas-Schüler Hauke Brunkhorst hat darauf im Blatt hingewiesen: Die Ideologie des dritten Weges sei ein typisches Produkt der deutschen Nachkriegszeit gewesen, die große Illusion der linken und liberalen Intelligenz, ein eigensinniges Amalgam aus jugendbewegt-romantischen Sonderwegsträumereien und linkem Universalismus. Es handele sich dabei durchaus um eine Variante Hegel'scher Aufhebungs- und Vermittlungsutopie: Der dritte Weg sollte aus Zerrissenheit und Entzweiung, aus der ökonomisch fremd und kulturell unbehaglich gewordenen modernen Welt herausführen. Zu Beginn des neuen Jahrtausends eröff-

nete Bundeskanzler Gerhard Schröder in der *NG/FH* eine Debatte um das europäisch dimensionierte Projekt einer zivilen Bürgergesellschaft. Damit wollte er den überkommenen Etatismus traditioneller Parteifreunde eindämmen, aber auch einem Verschwinden der Politik im Zeitalter der Globalisierung entgegenarbeiten, ohne jedoch falsche Hoffnungen auf eine Wiederkehr des alten Verteilerstaates zu wecken.

Sechzig Jahre *Frankfurter Hefte* – das Blatt hielt auch nach dem Zusammenschluss mit der *Neuen Gesellschaft* am europäischen Projekt fest – immer eigenwillig und unorthodox, nie parteikonform oder phrasenhaft.

Tragisch nur, dass Peter Glotz, der unzählige programmatische Europatexte geschrieben hat, am Ende seines Lebens mit einem Anflug von Bitterkeit die „Erweiterung ohne eine Verfassung“ als ein „Fiasko“ empfand. Auch in der Frage eines späteren Türkei-Beitritts verstand er seine Regierung nicht mehr, die ihn noch 2001 nach Brüssel in den Verfassungskonvent geschickt hatte.

Europäische Skepsis

„Machen wir uns nichts vor: Es geht beim Beitritt der Türkei nicht um die Koexistenz von verschiedenen Religionen oder Lebensstilen in Europa, sondern um die Integration der türkischen in die europäische Gesellschaft. Dass die laizistische Türkei, als integriertes Mitglied der Europäischen Union noch stärker ‚verwestlicht‘ als heute, der arabisch-islamischen Welt als Vorbild dienen wird, ist mehr als zweifelhaft. Eher wird das Gegenteil eintreten. Eines jedenfalls kann die Türkei als Mitgliedstaat der EU mit Sicherheit nicht sein: Brücke in den Nahen Osten. Sie muss ein Pfeiler des Westens im Nahen Osten sein. Als EU-Mitglied ist sie Partei, nicht Mittler. Was da als großes strategisches Design daherkommt, überschätzt nicht nur die europäischen, sondern auch die türkischen Möglichkeiten. Mit dieser geostrategischen Ausrichtung ist die Erweiterung der Union nun wirklich mehr als nur eine größere Union. Mit ihr wird auch die Frage nach einer ‚Überdehnung‘ der EU in den Schatten gestellt. Sie legt der Einigung Europas einen Paradigmenwechsel auf.“

Klaus Hänsch in *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 12/2004.